

II- 768 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 472 W

1991 -02- 15

ANFRAGE

der Abgeordneten Langthaler, Pilz, Freunde und Freundinnen

an die Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie

betreffend Entsorgung von Sonderabfällen im Ausland

Im Sinne einer verursachergerechten und auch vorsorgeorientierten Abfallwirtschaft sollten Exporte bzw. die Entsorgung von Abfällen (speziell von Sonderabfällen) im Ausland mit sofortiger Wirkung eingestellt werden.

In Österreich wurde in den letzten Jahren darüber eine sehr heftige Diskussion geführt, da einheimische Unternehmen des öfteren Sonderabfälle in die ehemaligen Ostblockstaaten exportiert haben, wo diese in den meisten Fällen nicht umweltgerecht entsorgt wurden! Die Umweltministerin hat in mehreren Aussagen dokumentiert, daß in der künftigen Abfallpolitik das Hauptaugenmerk auf Abfallvermeidung und -verwertung gelegt wird und Abfallexporte nur noch in ganz speziellen Fällen zugelassen werden dürfen. Dementsprechend sollte auch der § 35 des Abfallwirtschaftsgesetzes (AWG) interpretiert werden, wonach Abfälle nur noch unter erschwerenden Bedingungen erfolgen können.

Umso größer war die Verwunderung über Informationen, wonach Österreich an der Errichtung an einer Sonderabfall-Verbrennungsanlage in Polen beteiligt werden und ein Teil der Bezahlung durch Verbrennung heimischer Sonderabfälle erfolgen soll! Dies widerspricht wohl jeglicher verursachergerechten bzw. vorsorgeorientierten Abfallpolitik.

Aus diesem Grund richten die unterzeichneten Abgeordneten an die Umweltministerin folgende

ANFRAGE:

1. Haben Sie davon gewußt, daß in Ihrem Ministerium Verhandlungen stattgefunden haben, die den Bau einer Sonderabfall-Verbrennungsanlage in Polen zum Gegenstand gehabt haben, wobei die Bezahlung mittels Entsorgung (Verbrennung) heimischer Sonderabfälle in Polen erfolgen soll?

2. Wenn ja, warum haben Sie diesen Verhandlungen nicht sofort Einhalt geboten?
3. Haben Sie gewußt, daß von österreichischer Seite in diesen Verhandlungen gefordert wurde, die geplanten Verbrennungskapazitäten auszuweiten (von 20.000 auf 40.000 bis 60.000 Jahrestonnen)?
4. Steht diese Aufforderung in direktem Zusammenhang mit den erhofften Sonderabfallexporten nach Polen?
5. Haben Sie gewußt, daß nach Bekanntwerden dieser Verhandlungen in Polen in der Bevölkerung große Besorgnis, Mißtrauen und bereits Widerstand vorherrscht?
6. Entspricht die Idee, ärmere, vorwiegend osteuropäische Staaten, die an Devisenmangel leiden, als Sonderabfallendlager-Land zu benutzen, einer neuen europäischen Arbeitsteilung?
7. Können Sie versichern, daß in dieser Legislaturperiode keine Exporte österreichischer Abfälle nach Polen bzw. anderen osteuropäischen Ländern stattfinden werden?
8. Wieviel und welche Sonderabfälle wurden bisher nach Polen bzw. in andere osteuropäische Länder exportiert?